

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union. Ein Vortrag von Darina Dvornichenko.

Bericht von Denise Trzka

Wenn Mensch sich mit einem anderen Land auseinandersetzt – besonders wenn dies in einem wissenschaftlichen Rahmen stattfinden soll – so ist es immer auch von Bedeutung, sich der Art der Beziehung zwischen jenem Ort und der eigenen Lebenswelt bewusst zu werden. Und vor allem wenn man die Ukraine in einem geopolitischen Kontext betrachtet, kommen wir sowieso nicht umhin, den Fokus auch auf ihr Verhältnis zur Europäischen Union (EU) – in welcher Deutschland bekanntermaßen mit zu den einflussreichsten Akteuren zählt – zu legen. Denn insbesondere im Laufe der Euromaidan-Protteste 2013/14 kam es zu innenpolitischen und innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen pro- und anti-Euromaidan beziehungsweise pro-EU und prorussischen Gruppierungen.¹

Auf unserer Forschungsreise in Odessa genossen wir am Donnerstag, den 23. Mai 2019, unter anderem die Möglichkeit, von Prof. Darina Dvornichenko einen vertieften Einblick in die Geschichte des Verhältnisses zwischen der Ukraine und der EU sowie der aktuellen Situation zu erhalten. Darina Dvornichenko ist angestellt an der National University „Odesa Law Academy“ (Ukrainisch: *Національний університет «Одеська юридична академія»*) als außerordentliche Professorin in der Politikwissenschaft. Ihre Forschungsbereiche umfassen vornehmlich die Internationale Politik (International Relations, IR), Friedens- und Konfliktforschung sowie Diplomatie, die EU und Europäische Studien sowie Internationale Sicherheit und Entwicklung.²

In ihrem Vortrag zu den Ukraine-EU Beziehungen (Ukraine-EU Relations) stellte sie zu Beginn die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien dar. Die erste Etappe in dieser war das *Partnerschafts- und Kooperationsabkommen*, welches 1994 ausgehandelt wurde und 1998 in Kraft trat. Möglich wurde dies überhaupt erst nach dem *Budapester Memorandum* vom 5. Mai

¹ Manche würden dies auch als pro-/anti-„europäisch“ bezeichnen, jedoch ist eine solche gedankliche Gleichsetzung von „europäisch“ und EU natürlich immer zu hinterfragen.

² http://intl.w.onua.edu.ua/Team/Dvornichenko_Darina

1994, in welchem die USA, Großbritannien und Russland die Anerkennung der Souveränität von Kasachstan, Belarus und der Ukraine zusagten. Im Gegenzug garantierten diese Staaten einen vollkommenen Verzicht auf Nuklearwaffen.

Dass die Ratifizierung der Partnerschaft vier Jahre benötigte, lag daran, dass Portugal, Italien, Griechenland und Spanien (die sogenannten „PIGS“) den Abschluss des Abkommens blockierten. Da diese Länder zu der Zeit wirtschaftlich vergleichsweise sehr schlecht da standen und in weiten Teilen von der finanziellen Hilfe der EU abhängig waren, sahen sie die Ukraine als potentielle neue Konkurrenz.

Einen weiteren Schritt stellte die *Europäische Nachbarschaftspolitik* (ENP) 2004 dar. Hier wurde die Ukraine allerdings nicht gleichwertig mit anderen direkt angrenzenden, europäischen Staaten – welche als potentielle Beitrittskandidaten (z.B. Serbien und Mazedonien) oder enge Partner (z.B. die Schweiz) gesehen wurden – behandelt, sondern in dasselbe Abkommen genommen, wie Ägypten, Israel und andere Staaten außerhalb Europas. Erst 2008 kam es zu einer weiteren Annäherung durch die Östliche Partnerschaft, deren Ziel es war, die Voraussetzungen für eine politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration zu schaffen. Am 27. Juni 2014 kam es dann tatsächlich zu einem Assoziierungsabkommen (AA) zwischen der EU und der Ukraine, welches aber nur zwei Jahre später durch ein Referendum in den Niederlanden blockiert wurde. Im Zuge der niederländischen Wahlkampagnen 2016 sprachen sich verschiedene Politiker*innen entschieden gegen einen möglichen EU-Beitritt oder eine militärische Unterstützung der Ukraine in der Auseinandersetzung um die Krim aus – obwohl keines dieser Dinge in irgendeiner Weise Teil des AA war.

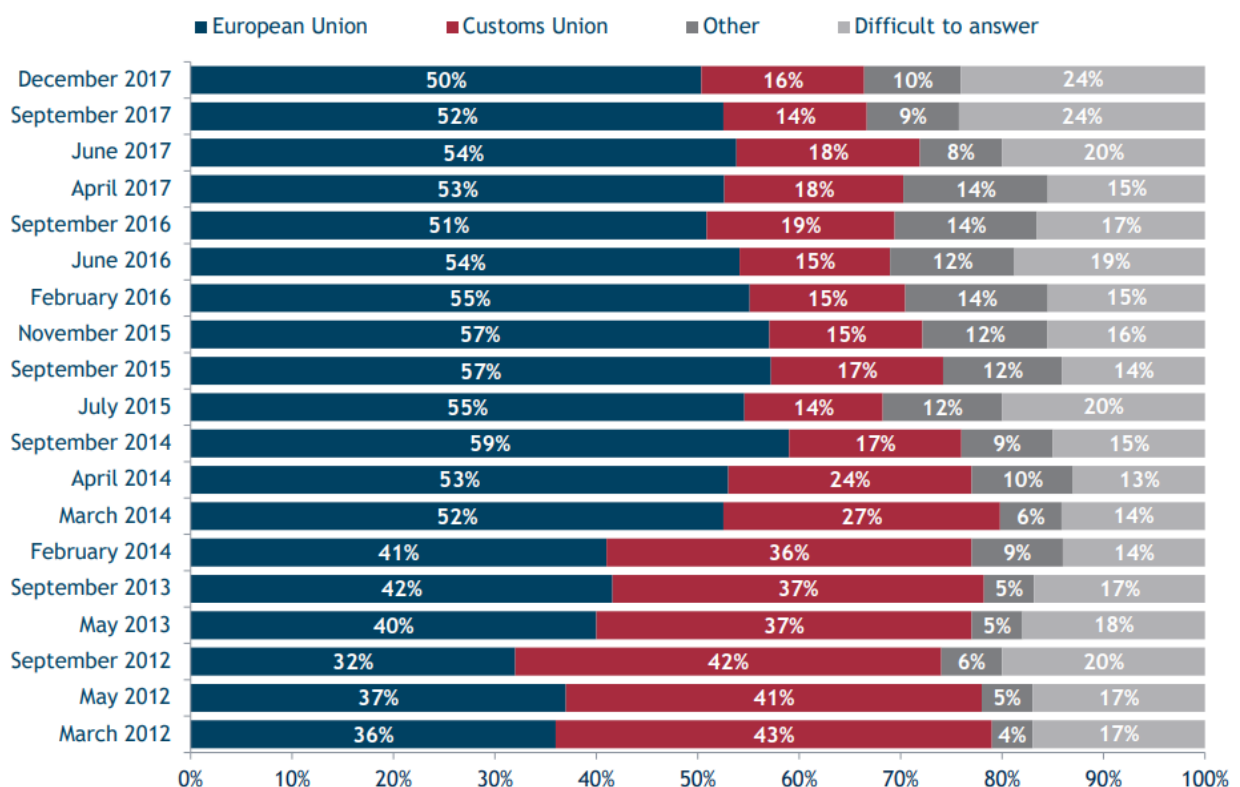
Zu den tatsächlich relevanten Inhalten des Assoziierungsabkommens gehören eigentlich niedrige (bis überhaupt keine) Zölle auf Importwaren aus der Ukraine in die EU. Jedoch nur in geringen Quoten, nach Überschreitung dieser sind es die gleichen, hohen Zollsätze wie zuvor. Auch von Bedeutung ist die Festlegung höherer Standards von Waren und strikterer Sicherheitsanforderungen. Dies ist zwar positiv für die Konsument*innen, ist aber auch mit sehr hohen Kosten verbunden. Durch eine Angleichung an den *acquis communautaire* der EU erhoffte man sich jedoch, die Ukraine auch attraktiver für ausländische Investor*innen zu machen. Allerdings führt dies auch zu einer höheren Konkurrenz auf dem heimischen Markt, was wiederum lokale Geschäfte und Produzent*innen verdrängen kann und daher auch kritisch gesehen werden kann. Problematisch am EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen auch, dass es durch Russland als Affront aufgefasst wurde.

Und aufgrund der engen Verknüpfung des ukrainischen und russischen Markts stellt das AA hier einen Risikofaktor für die Ukraine dar.³

So oder so – die Implementierung der im AA festgelegten Richtlinien ist noch kaum vorangeschritten. Dies liegt einerseits an einem Mangel an Informationen über die Inhalte des AA, welches 1200 Seiten umfasst, und keinerlei Bemühung von staatlicher Seite, dies zu ändern, andererseits auch daran, dass sich die ukrainische Bevölkerung kaum im Klaren darüber ist, was das AA eigentlich ist und für die Ukraine bedeutet. Laut Dvornichenko denken manche beispielsweise, die Ukraine sei durch das Abkommen bereits EU-Mitglied, obwohl es eigentlich nichts mit einer Mitgliedschaft oder überhaupt Beitrittsgesprächen gemein hat.

Interessant ist auch zu sehen, wie sich die Umfragewerte bezüglich der Einstellung der Bevölkerung gegenüber der EU und Russland im Laufe des Bestehens des Assoziierungsabkommens verändert haben.

If Ukraine was able to enter only one international economic union, which one of the following should it be?



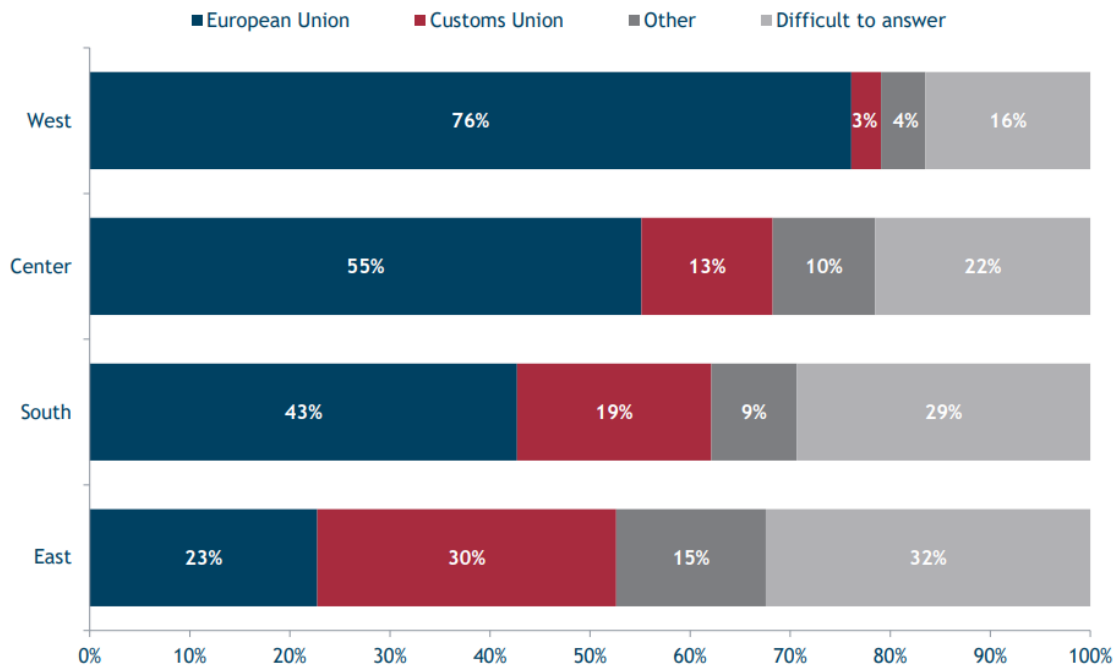
³ Vgl. Dvornichenko, Darina: „The Association Agreement between the European Union and Ukraine – one of the steps to Ukraine’s Europeanization“, in: „Perspectives of security in Europe – Current challenges, EU strategies, international cooperation“, Schulthess Juristische Medien AG, Zürich, 2015, S. 40ff.

Auf die Frage „Falls die Ukraine nur einer internationalen ökonomischen Union beitreten könnte, welche der folgenden sollte es sein?“ stieg die Zustimmung während der Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen und parallel zu den ersten Phasen des Krieges in der Ostukraine um rund 20% signifikant an (zuvor war eher ein Eintritt in die von Russland initiierte Zollunion präferiert worden). Nach Abschluss des AA ging die Präferenz zur EU wieder leicht zurück, vermutlich aufgrund der Stagnation in der Implementierung und daher geringerer realer Erfolge in der Zusammenarbeit mit der EU. Doch sprach sich die Bevölkerung nicht wieder vermehrt für eine Zollunion aus, sondern sah die Frage als zunehmend schwerer zu beantworten oder wünschte sich eine andere Option. Die Umfragewerte spiegeln auch Prof. Dvornichenkos Aussagen wider. So verwies sie darauf, dass die ukrainische Bevölkerung im Durchschnitt eher positiv gegenüber der EU eingestellt sei (circa 45-50%), aber auch ein nicht zu vernachlässigender Teil sich lieber eine Annäherung mit Russland wünschen würde (ca. 15%) – trotz der Annexion der Krim durch Russland und den Krieg in der Ostukraine. Doch auch in dieser Frage, ob man sich eher der EU oder Russland politisch wie ökonomisch annähern sollte, gibt es über die Jahre hinweg einen bedeutenden Anteil von Ukrainer*innen, die diesbezüglich unentschlossen sind. Dvornichenko stellte außerdem noch einmal in den Fokus, dass der Gesamtdurchschnitt solcher Umfragen in der Ukraine einen verfälschenden Eindruck geben können. Denn vor allem zwischen Norden/Westen und Süden/Osten gäbe es hier teilweise gravierende Unterschiede. So sind vor allem in den östlichen und südlichen Gebieten des Landes die pro-russischen Tendenzen um einiges stärker als in den nördlichen und westlichen. Diese Differenzen spiegeln sich auch in der oben bereits angeführten Umfrage wieder:

Auch hier ist sehr deutlich zu erkennen, dass eine enge Zusammenarbeit mit der EU besonders im Westen der Ukraine bevorzugt wird, im Osten hingegen vergleichsweise kaum (76% im Westen gegenüber nur 23% im Osten). Auch nimmt die Unentschlossenheit, was der richtige Weg für das eigene Land sei, im Süden und Osten zu. Solche Tendenzen zeigte auch Dvornichenko in ihrem Vortrag auf, bei dem es um die allgemeine politische Einstellung der ukrainischen Bevölkerung ging, nicht allein um deren Sicht auf ökonomische Entscheidungen (wobei diese natürlich immer mit politischen Ansichten und Politik an sich verknüpft sind).

Das durchschnittlich jedoch hohe Wohlwollen gegenüber engeren Beziehungen zur Europäischen Union erklärt sie damit, dass die meisten Ukrainer*innen die EU einerseits mit Wohlstand und hoher Lebensqualität verbinden, andererseits zudem auch mit gewissen Werten wie Demokratie und Menschenrechten. Vor allem die hoch angepriesenen demokratischen Grundwerte sehen viele als

If Ukraine could only enter one international economic union, which of the following should it be? (continued) (Disaggregated by region)



21

eine Art „Heilmittel“ für die noch weit verbreitete Korruption in der Ukraine und anderen mittelost- und südosteuropäischen Ländern.

Im Anschluss an den Vortrag kam es zu einer Diskussion darüber, inwieweit es überhaupt gerechtfertigt ist, dass die EU sich hehre Werte auf die Fahne schreibt oder ob es sich nicht oft um Heuchelei handelt. Obwohl die EU und ihre Mitgliedsstaaten zum Großteil durchaus vergleichsweise hohe demokratische Standards vertreten und sich der Bewahrung verschiedenster Menschenrechte verpflichtet haben, rechtfertigt dies meiner Ansicht nach allerdings nicht die einseitige, hierarchische Beziehung zwischen der EU und potentiellen Partnerstaaten oder sogar möglichen Beitrittskandidaten. Denn oft ist es so, dass die EU maßgeblich die Bedingungen vorgibt, an die sich die andere Partei zu halten hat, wenn sie Aussichten auf eine Zusammenarbeit haben möchte. Als Legitimation für diese übermächtige Position der EU wird dann oftmals eine angebliche moralische Überlegenheit genommen – und das, obwohl wir unseren eigenen Ansprüchen vielerorts nicht gerecht werden. Dass Solidarität und Menschenrechte bei der internationalen Zusammenarbeit auf EU-Ebene nicht an erster Stelle stehen, wissen wir seit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ nur zu gut (allein die Betitelung sagt schon genug aus) und auch auf institutioneller Ebene mangelt es nach wie vor an Transparenz und demokratischer Legitimation.

Trotz allem wirkten und wirken sich engere Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU durchaus positiv auf die Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft und Politik aus. Das können sie gewiss auch noch in Zukunft, zumindest erscheint es mir so, nachdem wir diese Woche in Odessa mit verschiedenen Menschen über die Lage der Ukraine gesprochen haben. Allerdings kann dies nur langfristig gut und nachhaltig sein, wenn eine solche Zusammenarbeit auf Augenhöhe stattfindet. Ansonsten entstehen nur weitere Konflikte, im Zweifelsfall auf Kosten der ukrainischen Bevölkerung.